



WEGE AUS DER CORONAKRISE

Konjunktur- und Hilfsprogramme

Das Maßnahmenpaket der philippinischen Regierung hat die starke Rezession nicht verhindern können. Die Zentralbank belässt den Leitzins auf einem Rekordtief. (Stand: 23. Juli 2021)

Von Alexander Hirschle | Taipei

- ▶ Unternehmen kritisieren Hilfspaket
- ▶ Zentralbank versucht Wirtschaft zu beleben
- ▶ Anschub durch Infrastrukturprogramm

Die Regierung hatte bereits frühzeitig im März 2020 ein umfassendes Hilfspaket angekündigt, um die Wirtschaft gegen die sich abzeichnenden Folgen der Coronakrise zu wappnen. Als Herzstück des Programms gilt der "Bayanihan to Heal as One Act" (Republic Act No. 11469), der sich auf eine Summe von rund 4,1 Milliarden US-Dollar (US\$) beläuft. Dies entspricht etwa einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Philippinen. Es ist das größte finanzielle Hilfspaket, das jemals in dem südostasiatischen Land lanciert wurde.

Es beinhaltet einen bunten Strauß an Maßnahmen, wobei die Unterstützung von in Not geratenen Haushalten dabei zunächst Priorität genoss, unter anderem in Form von Subventionen, Arbeitslosenhilfe, Berufsförderinstrumenten sowie Zuschüssen zu medizinischen Kosten. Für betroffene Unternehmen waren Kredithilfen für Kleinst- und Kleinbetriebe vorgesehen, außerdem Verlängerungen von Zahlungsfristen bei Steuern sowie temporäre Aussetzungen bei Zins- und Mietzahlungen.

Unternehmen kritisieren Hilfspaket

Allerdings konnte das Hilfspaket nicht verhindern, dass die Philippinen 2020 in die tiefste Rezession ihrer Geschichte schlitterten, mit einem Einbruch des BIP von real fast 10 Prozent. Die von zahlreichen Betriebsschließungen und strengen Quarantänevorschriften betroffenen Firmenvertreter vor Ort beklagten schon 2020, dass es Unklarheit bezüglich der Maßnahmen und deren Konsistenz gegeben habe. Darüber hinaus seien die Hilfspakete insgesamt eher weniger auf die Unternehmen ausgerichtet gewesen.

Auch die Europäische Handelskammer in den Philippinen (ECCP) äußerte in der lokalen Presse ihre Unzufriedenheit über den unzureichenden Umfang des Hilfspakets. So gaben in einer Umfrage im 2. Halbjahr 2020 drei Viertel der Firmen an, dass die Maßnahmen aus ihrer Sicht nicht ausreichend seien. Auch forderten sie mehr Unterstützung in Bereichen wie Internetzugang und sonstiger Infrastruktur sowie Erleichterungen bei Steuern und in der Geschäftspraxis (Ease of Doing Business). Renommierete Ökonomen bemängelten, dass im 2. Halbjahr 2020 kaum noch Maßnahmen umgesetzt worden wären.

Die Regierung reagierte unter anderem mit einer Ausweitung des Haushalts für 2021 um fast 10 Prozent. Das Budget des Gesundheitsministeriums DOH (Department of Health) soll sogar um knapp 20 Prozent auf rund 4,2 Milliarden US\$ erhöht werden. Der Löwenanteil in Höhe von 1,4 Milliarden US\$ ist dabei für die staatliche Krankenversicherung Philhealth vorgesehen. Im Rahmen der Covid-19-Bekämpfung sollen 100 Millionen US\$ für Schutzausrüstungen und rund 50 Millionen US\$ für das Impfprogramm ausgegeben werden. 6 Millionen US\$ sind für den Aufbau eines virologischen

Instituts vorgesehen. Von Seiten der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) sind circa 86 Millionen US\$ und von der Weltbank 23 Millionen US\$ zur Eindämmung der Pandemie in den Philippinen eingeplant.

Zentralbank versucht Wirtschaft zu beleben

Auch die Zentralbank versuchte mittels verschiedener Instrumente, Liquidität in den Markt zu pumpen und auf diese Weise die Wirtschaft anzukurbeln. Auch wurden die Möglichkeiten zur Kreditvergabe an kleine und mittelständische Unternehmen vereinfacht. Der Leitzinssatz wurde innerhalb weniger Monate massiv auf das neue Rekordtief von 2 Prozent abgesenkt. Die Regierung erhoffte sich davon vor allem eine Wiederbelebung des privaten Konsums, die allerdings bis ins Frühjahr 2021 noch nicht in größerem Maß eingetreten ist.

Auch hatte die Zentralbank bereits Mitte 2020 in dem Arbeitspapier „Exit Strategies: How do we proceed“ bekanntgegeben, dass weitere langfristig angelegte Reformen zur Modernisierung des Finanzsektors, wie etwa die intensivere Nutzung elektronischer Zahlungsmöglichkeiten, künftig notwendig seien, um die Wirtschaft wieder auf den alten Wachstumspfad zu hieven.

Anschub durch Infrastrukturprogramm

Einen wichtigen Anschub soll die philippinische Konjunktur nach Ansicht von Wirtschaftsexperten wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) durch die Regierungsinitiative „Build, build, build“ (BBB) erhalten, die im Zuge des Lock-downs 2020 stark ins Stottern geraten war. Das Programm soll die Infrastruktur des Landes modernisieren und sieht milliardenschwere Investitionen in den kommenden Jahren vor. Die Wiederaufnahme der Aktivitäten dürfte sich auf verschiedene Sektoren positiv auswirken, wie die Baubranche oder auch die Kfz-Industrie. In diesen Bereichen bieten sich die besten Chancen für deutsche Lieferanten - zum Beispiel von Baumaschinen oder Transportausrüstungen.



Die **Impfkampagne** in den Philippinen ist im März 2021 angelaufen. Allerdings wird das schleppende Vorankommen der Maßnahmen von verschiedenen Stellen kritisiert. Die ADB befürchtet nach Angaben der lokalen Presse, dass es aufgrund infrastrukturell bedingter Schwierigkeiten bis Ende 2023 dauern könne, bis die gesamte Bevölkerung des Archipels geimpft sei. Vor allem der Transport und die Lagerung des Impfstoffs in abgelegenen Landesteilen bereiten dabei Sorgen. Eine solche Verzögerung hätte auch massive Auswirkungen auf die Erholung der Konjunktur. Die Bevölkerung wurde in zwölf Priorisierungsgruppen unterteilt, wobei zunächst Beschäftigte im Gesundheitssektor und Menschen über 60 Jahren geimpft werden sollen.

Dieser Beitrag gehört zu:

[Coronavirus trifft philippinische Wirtschaft ins Mark](#)

Mehr zu:

Philippinen
Wege aus der Coronakrise / Coronavirus / Konjunktur
Wirtschaftsumfeld

Kontakt

Loan Schwedler
Wirtschaftsexpertin

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.